

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Neueste Wiesbadener Zeitung

Erscheint 12mal wöchentlich. — Bezugspreis: In Wiesbaden u. bei unseren and. Vertretungen monatl. 1.70 M., viertelj. 5.10 M. Durch die Post monatlich 1.75 M., viertelj. 5.25 M. ohne Postgeb. Das Heftgeld wird von den Zeitungsträgern und durch die Post besonders erhoben. Einzelnummer 15 Pf.

Amliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Alfoladstr. 11, Fernruf Nr. 2015, 2016, 2017. — Anzeigenpreise für Wiesbaden: Die 4 mm breite Rotonzeile 50 Pf., die 6 mm breite Rotonzeile 75 Pf.; außerhalb 60 Pf. beginn. 2. A. Seitenpreise u. Rabatt lt. Tarif. Sonderbeilagen 10 M. pro 1000.

Nummer 16

Samstag, 10. Januar 1920.

74. Jahrgang

Der Vorgang der Ratifizierung.

Genas meldet aus Paris: Die Unterzeichnung des Protokolls wird Samstag nachmittag um 4 Uhr im Ministerium des Aeußern stattfinden. Diese Zeremonie, welche dem Waffenstillstand ein Ende setzt und diejenige des Austausch des Ratifikations-Urkunden, welche den Friedenszustand zwischen den Alliierten und Deutschland endgültig wiederherstellt, wird zwei Teile umfassen. Die Vertreter der fünf Mächte werden sich zuerst im Kabinett des Außenministers sammeln, die Herren von Verdner und von Simson werden alsdann aufgefordert werden, im Namen Deutschlands das Protokoll vom 1. November zu unterzeichnen; sie werden aus den Händen des Herrn Clemenceau das Schreiben empfangen, wodurch sich die Alliierten verpflichten, die Fisser des als Entschädigung für die Verletzung von Scapa Flow verlangten Materials zu reduzieren.

Der zweite Teil wird unmittelbar darauf im Salon de l'Horloge vor sich gehen. Die 18 Mächte, welche den Vertrag von Versailles ratifiziert haben, werden hierbei durch je einen Delegierten vertreten sein, und zwar für Frankreich: Herr Clemenceau, für England: Lord George, für Italien: Ritti usw.

Es wird hierüber ein Protokoll angenommen werden, welches in großen Umrissen lautet: Protokoll über die Niederlegung der Ratifikationen des am 28. Juni in Versailles zwischen... (hier folgt die Liste der 26 verbündeten Staaten) einerseits, und Deutschland andererseits unterzeichneten Friedensvertrages, sowie der folgenden Dokumente: das am gleichen Tage durch dieselben Mächte unterzeichnete Protokoll, das Arrangement vom gleichen Tage zwischen den Vereinigten Staaten, Belgien, dem britischen Reich, Frankreich und Deutschland betr. die Befreiung der Rheinlande.

Es wurde die Niederlegung der Ratifikations-Urkunden, sowie ihre Uebergabe an die Regierung der französischen Republik zwecks Deponierung in deren Archiven beschlossen. Dieses Protokoll wird am Bergament in Quadratform gedruckt werden. Die Bevollmächtigten werden ihre Signet und ihre Unterschriften darunter setzen.

Der Austausch der Ratifizierungs-Urkunden wird die unverzügliche Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen den Alliierten und Deutschland zur Folge haben. Es ist wahrscheinlich, daß Herr von Verdner als Geschäftsträger bestimmt werden und sich sofort in der Geschäftskasse, Rue de Viller, niederlassen wird. Gleich am nächsten Tage wird Herr de Marcellin, der Geschäftsträger Frankreichs, Paris verlassen und sich nach Berlin begeben.

Um den Austausch der Ratifikations-Urkunden für Samstag zu ermöglichen, mußte die Kommission Veron von Simson einen Teil der Nacht zu Hilfe nehmen und bis 4 Uhr früh arbeiten. Alle Fragen verwaltungsmäßiger Art, die sich aus der Inkraftsetzung des Vertrages ergeben, sind nunmehr geregelt. Gestern nachmittag 4 Uhr fand noch eine Sitzung der alliierten technischen Sachverständigen über die Auslieferung der deutschen Schuldigen statt.

Der Oberste Rat.

in Paris, 10. Jan.

Der Oberste Rat trat gestern vormittag 11 Uhr 30 unter dem Vorsitz Clemenceaus im Ministerium des Aeußern zusammen. Der Konferenz wohnten bei Lord Curzon, Lord Curzon und Bonar Law für Großbritannien, Ritti und Scialoja für Italien. Der Generalsekretär Dutaha erstattete Bericht über die Besprechungen, die er mit dem Chef der deutschen Delegation, von Verdner, gehabt hatte, um ihn in Kenntnis zu setzen von den Anordnungen, die von der Kommission für Schlesien getroffen worden sind und die nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages durchzuführen werden sollen.

Der Rat beschloß sodann, daß die Kosten der Kontrollkommission der Rheinlande von Deutschland zu tragen sind, ebenso wie diejenigen der Besatzungstruppen.

Der „Petit Parisien“ schreibt, daß das Inkrafttreten des Friedensvertrages in den besetzten Gebieten des Rheinlandes die Einsetzung der Zivilbehörde anstelle der Militärbehörde nach sich zieht. Die Zivilbehörde ersetzt die Militärbehörde in den Angelegenheiten, die die Vertretung Frankreichs und die offiziellen Berichte an die Regierung in Administrations- und Geschäftsangelegenheiten betrifft. Die Militär- und Polizeigewalt wird jedoch General Deaonotte in den Händen behalten. In den Handelsverhältnissen tritt keine Änderung ein; der Zolltarif bleibt bestehen.

In einer Sitzung des parlamentarischen Beirates des Reichskommissars für das besetzte Gebiet wurde, wie die „Völk. Volkszeit.“ meldet, auf die Verordnungen und Bekanntmachungen der hohen Kommission (auf die sogenannten Ordonnanzen) hingewiesen und der Sorge über die schweren Folgen Ausdruck gegeben, die die Inkraftsetzung dieser Verordnung für die rheinische Bevölkerung mit sich bringen.

Vom sozialen Kriegsschauplatz.

Ueber die Ausdehnung des Eisenbahnerausstandes liegen folgende Meldungen vor:

Essen, 9. Jan. Der Streik der Eisenbahner dehnt sich weiter aus. Dortmund nimmt keine Züge mehr an. Die Duisburger Züge müssen in Speckdorf umgelenkt werden. In Diersfeld, Kupferdreh und Reitivig hat der Streik begonnen.

Dortmund, 9. Jan. Die Vorstände der drei Eisenbahnerverbände haben beschlossen, heute früh die Streikleitung in die Hand zu nehmen. Bisher handelte es sich um einen wilden Streik. Offiziell wurde der Streik noch nicht von den obenstehenden Verbänden proklamiert. Wenn es sich bestätigt, daß die Eisenbahner einen Stundenlohn von 3,50 Mark gewährt erhalten, werden die Gewerkschaftsvorstände ihre Mitglieder auffordern, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Düsseldorf, 9. Jan. Mit der Zentralkreisleitung in Elberfeld ist eine Vereinbarung dahin erzielt worden, daß die Kohlenzufuhr für die häßlichen Industriebetriebe in Düsseldorf noch Abhilfe erhalten werden soll. Lebensmittel werden befristet. Ein Schnellzugspaar Köln-Berlin über Düsseldorf ist genehmigt, jedoch das Ein- und Aussteigen in Düsseldorf nicht gestattet. Die Streikleitung ist in Düsseldorf unverändert.

Köln, 10. Jan. Die Befürchtung, daß die linksradikalen Elemente unter den Eisenbahnern die Oberhand gewinnen würden, ist eingetroffen. Seit gestern mittag wird im Eisenbahndirektionsbezirk Köln gearbeitet, nachdem es erst den Ansehens hatte, als ob sich die Eisenbahner mit dem Beschluß des Ministeriums, den Handwerker für den Stadtkreis Köln 350 M. zu zahlen, zufriedengehen würden. Diese Absicherung wurde gestern mittag als nicht weitgehend genug bezeichnet. Vom Kölner Hauptbahnhof gehen Züge nach keiner Richtung ab.

Frankfurt a. M., 9. Jan. Wie der Präsident der Eisenbahndirektion Frankfurt a. M. amtlich mitteilt, soll der Stundenlohn für den geleisteten Arbeiter in Frankfurt und Wiesbaden 350 M. betragen. Auch die Lohnsätze der übrigen Arbeiter werden entsprechende erhebliche Erhöhungen erfahren. Auch den Beamten will die Regierung in weitgehendem Umfang entgegenkommen. Man setzt sich im Arbeitsministerium für eine sehr wesentliche Erhöhung der Teuerungsauslagen mit allem Nachdruck ein. Die Erhöhung wird mit hoher Wahrscheinlichkeit mehr als 100 Prozent betragen.

Der Streik der Versicherungsangestellten.

Der Streik der Versicherungsangestellten dehnt sich allmählich über das ganze Reich aus. Meldungen über Arbeitsniederlegungen liegen vor aus Stuttgart, Dresden, Bonn, Burg, Kassel, Frankfurt. Der Schlichtungsausschuss Groß-Berlins entschied in dem Streik im Versicherungs-gewerbe, daß der Arbeitgeberverband bis zum Samstag nachmittag drei Uhr in Verhandlungen über den Abschluß eines Tarifvertrages einzutreten hat. Die Arbeitnehmerverbände werden aufgefordert, die Arbeit am 12. Januar wieder aufzunehmen, wenn die Verhandlungen begonnen haben. Sollte ein Zustandekommen der Verhandlungen auf dieser Grundlage infolge des Fernbleibens der Arbeiter scheitern, so wird der aus der Fortdauer der Arbeitseinstellung sich ergebende Lohnausfall von den Versicherungsunternehmen zu tragen sein. Die Arbeitgeber haben den Schiedsspruch nicht anerkannt.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 10. Januar.

Ueberflüssige Arbeit im Stadtparlament.

Wäre Herr Bürgermeister Travers gestern zuerst zu Worte gekommen, hätte sich die rednerische Unterhaltung der Verammlung über das Wohnungswesen, die durch die rege Anteilnahme der Frauen weder der Form noch dem Gehalte nach weniger gestaltet wurde, erheblich gehoben. Die Auseinandersetzung wegen der Einrichtung einer öffentlichen Sparkasse, da Herr Travers jedoch warten mußte, bis die verchiedenen weiblichen und männlichen Redner ihre mehr oder minder langen Sprüche aufgesagt hatten, wurde viel überflüssige Arbeit geleistet und viel Zeit vergeudet, ehe man erlangt, daß der Magistrat im Sinne der Antrag- und Fragesteller schon längst tätig ist.

Wir haben beim Beginn der neuen Stadterordneten-Verfassungen im Stillen gehofft, daß die mannigfachen geistigen Kräfte, die besonders in der jüngeren Sozialdemokratie lebendig sind, die Sitzungen anregender gestalten würden. Bis jetzt haben sich wohl öfters unter Wille, aber wenig geistige und praktische Fähigkeit bei dieser Partei gezeigt. Geradezu selbstlos mutet es an, wenn die erwählten Vertreter des „loweren Volkes“ immer und überall nach der Obrigkeit rufen und die einzelnen Bürger wie die Gesamtheit unter die Vormundschaft gleichmachender und jede Handlung des Lebens gewissermaßen beschließender Vorschriften und Gesetze stellen wollen. Man sagt sich unwillkürlich, daß der Glaube dieser Vertreter des Volkes an die Kraft und Selbstständigkeit der durch das Licht des Sozialismus Erleuchteten nicht sehr stark sein muß, wenn sie a. B. im Wohnungswesen einen alle Kleinmitleiden des Volks durch Kontrolle und Aufsicht regelnden Zwang als eine Art Vormund über den Bürger setzen wollen, der gerade auf diesem Gebiete durch die Kraft des Willens seine Selbstständigkeit zu zeigen laßt. Herr Daeje will sogar die Wohnungsreparaturen durch amtliche Organe leiten und

zwangsweise durchführen, also die behördlichen Eingriffe bis ins Detail durchführen lassen. Am vernünftigsten spricht immer noch Frau Hermann, die ein gesundes Gefühl für das Tatsächliche sich bewahrt hat. Was dagegen Frau Dietmann, sicher in bester Absicht, an Eingelenken oder Abgelesenen im Stile der Profetarierlehre beibringt, der sozialdemokratischen Propagandaliteratur vorbringt, sollte in der Zeit der befreiten Massen und ihrer Herrschaft nicht mehr möglich sein. Wir kennen das alles. Es ist die Darstellung des Parteiprogramms, in dessen Programm die Sozialisierung des Wohnungswesens eines der Mittel ist, mit denen man die Bevormundung der Masse und damit die Fesselung der Menge an das Parteiprogramm erreichen will. Auch auf die Gefahr hin, daß man alles wertlos schaffende aufbauende Leben zerstört. Selbstverständlich soll damit die Notwendigkeit einer vernünftigen Wohnungsfürsorge nicht bestritten werden, nur ihre Belastung mit rein theoretischen und agitatorischen Forderungen. Und die langatmige Erörterung von Einzelheiten, für die alle vorbereitenden Arbeiten bereits im Gange sind.

Noch weniger ist über den sozialdemokratischen Antrag, der Magistrat solle ersucht werden, der Frage der Einrichtung einer städtischen Sparkasse näherzutreten, zu sagen. Der Magistrat sowohl, wie Herr Glücklich, haben dem von Herrn Pfeiffer warm vertretenen Antrag inmpathisch gegenüber. Herr Stadtrat Schulte sprach als Sachmann über die Gründe der bisherigen, mehrfach vorgeschlagenen Nichteinrichtung einer städtischen Sparkasse. Herr Travers sagte eingehende Prüfung zu, Herr v. G. schloß zuerkennend, doch die Macht der Mehrzahl stimmte auch ihm milde. Man solle solche Anträge, die kein greifbares Resultat fördern und erwarten lassen, ohne lange Reden dem entsprechenden Ausschuss überreichen und den Antragsteller zu den Beratungen zuziehen.

Auch die Renovation eines Sachverständigenausschusses, betr. Einrichtung einer Hochgarne von Mietzinssteigerungen, führte eine unendliche Anzahl unnütze Debatten herbei; es ergab sich wieder, daß ein Teil der Verammlung über die Wichtigkeit und Notwendigkeit der schnellen Erledigung dieses Antrags im Interesse der Bevölkerung nicht genügend unterrichtet war. Wir hatten mit Herrn Krüde den von Herrn Gerhardt vertretenen Magistratsvorsitz für sehr glücklich. Er ist zu vor, in den Ausschuss die beiden ersten Vorsitzenden des Hausbesitzervereins, des Mietervereins und als Beisitzer je zwei Hausbesitzer- und Mietervertreter des Mietzinskomitees unter dem Vorsitz des Beigeordneten Vorkmann zu wählen. Die Gegenstände der beiden Gruppen können dann in diesem Ausschuss erörtert und über ihre Befreiung kann leichter eine Einigung erzielt werden, als es durch die jetzt üblichen öffentlichen getrennten Versammlungen ermöglicht wird. Dem Antrag des Magistrats wurde noch hitzig Wortkämpfe, die sich um Namen und Ansichten entpannen, schließlich stattgegeben.

Die Geländepreise in der Nähe der Stadt beleuchtete der genehmigte Verkauf einer städtischen Waldfläche an der Händelstraße und der Austausch von städtischem Gelände im Feldbach gegen sechs im Rabengrund. Für die Rente an der Händelstraße erhält die Stadt 750 M., nach Abzug der Kosten für den Ausbau der Straße 473 M. netto, während ihr für die Rente am Feldbach, für die sie selbst seiner Zeit 50 M. gezahlt hat, 33 M. entrichtet werden, welcher Preis gegenüber den amtlichen Taxen noch als hoch anzusehen ist. Die Stadt selbst erwirbt das Wiesengelände im Rabengrund für den Preis von 10 M. die Rente.

Während um diesen Geländewechsel und Tausch sich eine kurze Aussprache entspann, an der Herr Dr. Beck für den Magistrat, Herr D. a. r. i. m. a. n. als Vertreter der Vorleser, Herr Becker als Gegner und Herr Glücklich als Mitstrecker teilnahmen, wurden alle anderen Bestimmungen debattelos genehmigt. Was bei der Vorlage über die Erhebung von Zuschlägen zur Haussteuer wundervoll war. (Ein weiterer Bericht folgt.)

Persönliches. Die wir hören, hat der Oberst a. D. Giersberg, im Kriege zuletzt Kommandant des Kriegsgefangenenlagers Darmstadt, den Charakter als Generalmajor erhalten.

Die Zahl der Gefangenen aus dem Rheinland beträgt rund 30 000, deren Abtransport in etwa 5 Tagen erledigt sein wird.

Höchstmiets und Hausbesitz. Der Vorstand des Haus- und Grundbesitzervereins E. V. Wiesbaden schreibt: Die Anordnung über Höchstmiets ist kein Gesetz, welches die preussische Landesversammlung beschlossen hat, sondern die Verfügung eines preussischen Ministers, die gegen die Reichsverfassung verstößt, den Hausbesitz entrechtet, die Wohnungsnote verlängert und zu einer Katastrophe verschärfen muß. Dies ist das Urteil der Volkswirtschaftler und jedes rechtlich denkenden Menschen. Die Mieter, irreführt und weiter gegen den Hausbesitz aufgebracht, werden unter dieser Anordnung am meisten zu leiden haben, sie verschafft ihnen keine neue Wohnungen und verhindert die Befreiung des Wohnungswesens. Wir werden in Versammlungen sachlich erklären, die Ungerechtigkeit und wirtschaftliche Gefahr solcher Anordnungen beweisen. Um aber sofort Klarheit über berechnete Mietpreise zu schaffen, erklären wir: Der Hausbesitzer verlangt nur eine Miete, welche seine eigenen Auslagen deckt, sein Kapital verzinst und seine Arbeit entlohnt. Es ist wirtschaftlich unmöglich, Wohnungen unter den Selbstkosten herauszugeben, dagegen verzichten wir auf jeden Konjunkturgewinn, trotzdem der deutsche Hausbesitz in den Kriegsjahren Milliarden an Opfern für die Allgemeinheit gebracht hat. Unsere erste Protestversammlung findet am Montag abend 8 Uhr im Lyzeum, Bockplatz, statt.

